

Die letzten Mittelstreckenraketen verschrottet:

Helmut Kohl: Ein überragender Erfolg unserer Politik

Machen Sie mit:
Solidaritätsbörse
(02 28) 54 42 82

Am 6. Mai 1991 wurden in den Vereinigten Staaten der letzte Pershing-II-Flugkörper und am 11./12. Mai 1991 in der Sowjetunion die letzte SS-20-Rakete vernichtet. Drei Jahre nach Inkrafttreten des INF-Vertrags sind damit keine landgestützten nuklearen Mittelstreckensysteme zwischen 500 und 5.500 km Reichweite mehr auf deutschem Boden stationiert.

Mit der Zerstörung von insgesamt 846 amerikanischen und 1.846 sowjetischen Flugkörpern ist eine ganze Kategorie nuklearer Waffensysteme beseitigt. Dazu erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl: Dies ist ein überragender Erfolg auch unserer Politik. Von Anfang an habe ich als Bundeskanzler meine Sicherheitspolitik unter das Ziel gestellt: Frieden schaffen mit weniger Waffen!
(Fortsetzung auf Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Koalition

Alfred Dregger: Wir sind die erfolgreichste Regierungspartei in Europa. Seite 7

● Aktion Solidarität

Besuch aus Lauchhammer in Arnshagen „Wir können voneinander lernen“. Seite 16

● Dokumentation

Schutz des ungeborenen Kindes. Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Grüner Teil

Aktion „Solidarität“: Erste Reaktion positiv!

Unsere Solidaritätsaktion „Wir halten zusammen“ läuft an. Täglich kommen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle schriftliche und mündliche Anmeldungen von Interessenten an, die sich an unserer Aktion beteiligen wollen. Schwerpunkt bildet der Bereich Wirtschaft und Verwaltung. Aber auch aus den Bereichen Bildung, Jugend, Gesundheitswesen, Kommunalpolitik, Landwirtschaft, Recht, Soziales, Steuern und öffentliche Finanzen sowie Umwelt gibt es bereits jeweils mehrere Bewerber. (Siehe auch Seite 17)



Das Shirt zum Videoclip „Touch the future“

Endlich! Das Super-Europa-Shirt mit Kapuze gibt's ab sofort nicht nur im Videoclip. Jetzt liegt es auch für Sie bereit. Heute noch bestellen! Postwendend können Sie dann flott angezogen joggen, stretchen, walken oder einfach nur relaxen . . . sich fit machen für die Zukunft, für Europa. Fit wie wir: Die Jungen in der Union.

Ja, ich bestelle das Europa-Shirt mit Kapuze

Größe L, XL, XXL

zum Preis von 19,95 DM je Shirt inkl. MwSt. frei Haus

Absender: _____

Diesen Coupon bitte zusammen mit einem Verrechnungsscheck einsenden an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328, 4804 Versmold

Fachtagung der Adenauer-Stiftung

Das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung führt demnächst in Schloß Eichholz bei Wesseling eine weitere Fachtagung für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kleinerer Städte und Gemeinden durch.

Thema:

Vor neuen Herausforderungen — Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland

Termin: 17. bis 19. Juni 1991

Eingegangen wird insbesondere auf:

- Ein Jahr kommunaler Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern
- Zur Notwendigkeit von Verwaltungsgemeinschaften
- Rechtsstellung und Aufgaben des Kreises und kreisangehöriger Gemeinden
- Probleme bei der Umsetzung westlicher Beratung

Weitere Informationen/Anmeldung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
W-5047 Wesseling

Generalsekretär Volker Rühle:

Großer Respekt vor den Leistungen unserer Landsleute im Chemie-Dreieck

Nach einer dreieinhalbstündigen Sitzung des Parteipräsidiums hat Generalsekretär Volker Rühle am 13. Mai auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus über die wichtigsten Themen berichtet. Für den 10. Juni kündigte er einen „Kleinen Parteitag“ in Weimar an und unmittelbar nach der Sommerpause einen großen Kongress zum Thema Absicherung des Pflagerisikos.

Bei der Diskussion über den Besuch des Bundeskanzlers im Chemie-Dreieck bei Halle hat nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch das ganze Präsidium noch einmal deutlich gemacht, mit welchem großen Respekt wir die Leistung und die Arbeitsergebnisse ansehen, die unsere Landsleute unter schwierigsten Bedingungen in den vergangenen Jahren

erbracht haben. Wer einmal die Produktionsverhältnisse dort mit den Produktionsverhältnissen in führenden Chemie-Betrieben hier im Westen vergleicht, der kann nur größte Hochachtung haben. Und deswegen auch unsere Bereitschaft, alles zu tun, um den Menschen dort zu helfen.

Natürlich haben wir uns auch mit den Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen beschäftigt, zu denen es leider beim Besuch in Halle gekommen ist. Hier müssen für die Zukunft Konsequenzen gezogen werden, damit die Sicherheit besser gewährleistet wird, als das offensichtlich der Fall gewesen ist.

Was die Sozialdemokraten angeht, so läßt sich nicht bestreiten, daß an diesen Demonstrationen, die zum Teil gewalttätig waren, auch Juso-Delegationen teilge-

Ein Erfolg unserer Standfestigkeit

(Fortsetzung von Seite 1)

Dieser Vertrag kam nur zustande, weil die von mir geführte Bundesregierung in den 80er Jahren den NATO-Doppelbeschluß gegen massiven Widerstand in unserem Land durchgesetzt und mit dem Verzicht auf die Modernisierung der deutschen Pershing I A den Weg für die Unterzeichnung des INF-Vertrags geebnet hat.

Ohne unsere damalige Standfestigkeit und unser verantwortungsvolles sicherheitspolitisches Handeln wäre die

Sowjetunion nicht an den Verhandlungstisch gebracht worden. Der INF-Vertrag hat nicht zuletzt ein Umdenken in der sowjetischen Außenpolitik bewirkt und zugleich die Politik der inneren Reformen angestoßen.

Die Zerstörung der letzten nuklearen Mittelstreckensysteme ist eine Bestätigung einer vom ganzen Westen getragenen Politik, die schließlich zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes und zur Wiederherstellung der deutschen Einheit geführt hat.

nommen haben. Die wehenden Juso-Fahnen konnte ja niemand übersehen. Die Reaktionen der Sozialdemokraten sind sehr unterschiedlich: Ich finde, Björn Engholm hat auf sympathische Weise deutlich gemacht, er hätte sich angesichts der dortigen Situation genauso verhalten wie der Bundeskanzler. Schlimm ist die Rechtfertigung, die von Renate Schmidt vorgenommen worden ist. Ich meine, daß nach den Erklärungen des Juso-Vorsitzenden weiterhin Zweifel angebracht sind und daß die SPD in ihrem eigenen Interesse für Klarheit sorgen muß.

Die Frage ist nämlich: Will man demonstrieren und bereit sein, auch die Nähe zu Gewalttätern zu dulden, oder will man mitarbeiten beim Aufbau in Deutschland?

Der Bundeskanzler hat jedenfalls berichtet — das ist auch gerade von den CDU-Ministerpräsidenten aus den neuen Bundesländern bestätigt worden —, daß wir berechtigten Grund zur Annahme haben, daß uns die Menschen weiterhin das entscheidende Vertrauen beim Aufbau in den neuen Bundesländern schenken.

Das zentrale Thema unserer Bundesausschußsitzung am 10. Juni in Weimar wird

die Integration in Deutschland sein. Hier geht es um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, um eine Zwischenbilanz, zu der auch die Bewältigung der Last der Vergangenheit gehören wird.

Der Bundeskanzler und Parteivorsitzende hat über die Gespräche mit der CSU in Irsee berichtet, und ich meine, daß noch einmal deutlich geworden ist: Nach diesem Treffen ist die Geschlossenheit wieder hergestellt. Dieses Treffen hat die gemeinsamen Interessen der Unionsparteien deutlich gemacht. Das Präsidium hat den Bericht des Parteivorsitzenden voll gebilligt und unterstützt.

Zu den Sachthemen, die wir diskutiert haben, gehört der Stand der Meinungsbildung über die Absicherung des Pflegerisikos. Das Präsidium hat die Absicht bekräftigt, möglichst umgehend nach der Sommerpause einen großen Kongreß durchzuführen, in dem alle Argumente noch einmal auf den Tisch gelegt werden können. Wir wollen das Tempo bei den Beratungen beschleunigen, damit wir bis Ende dieses Jahres Klarheit haben und auch die Arbeit an der gesetzlichen Regelung beschleunigt durchgeführt werden kann. ■

Auf dem Bildschirm festgehalten: Schipke warf!

Der stellvertretende Juso-Chef aus Halle, Schipke, hat entgegen seinen eigenen Aussagen doch mit Eiern auf Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch der Saalestadt am Freitag geworfen. Dies war auf Bildern der ARD-Tagesschau klar zu sehen. Schipke hatte noch zuvor auf die Frage nach Übergriffen der Jusos gesagt: „Ich würde mich für jeden von uns verbürgen.“ Und: „Dies ist für mich keine Form der politischen

Auseinandersetzung.“ Unterdessen sind im Bonner Kanzleramt Hunderte von Anrufen eingegangen. In der überwiegenden Mehrheit bekundeten die Bürger darin Verständnis für die heftige Reaktion von Kohl. Im hallischen Rathaus waren gleich nach den Eier- und Tomatenwürfen Dutzende Blumensträuße mit der Bitte um Entschuldigung für Bundeskanzler Helmut Kohl abgegeben worden.

„Keine Zeit zur Resignation“

Zur „Geduld auf beiden Seiten“ haben der katholische Bischof von Dresden-Meißen, Joachim Reinelt, und der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens, Johannes Hempel, die Bürger der Bundesrepublik in einem Zehn-Punkte-Memorandum zur Einheit Deutschlands aufgerufen:

An alle Mitbürger guten Willens

1. In diesen Tagen des Neuaufbaus unserer Länder ist keine Zeit zur Resignation. Die bereits gewonnene Freiheit, die wachsende Einheit und die demokratische Grundordnung sind bei weitem wertvoller als der noch nicht erreichte wirtschaftliche Aufschwung.

2. Der Prozeß des Zusammenwachsens unserer Nation nach 40jähriger Spaltung bedarf der Geduld auf beiden Seiten. Menschen sind keine Maschinen. Nur ein echter Wachstumsprozeß bringt wahre Früchte.

3. Im Blick zurück darf es weder eine zerstörerische Abrechnungsmentalität noch ein Beschwichtigen von Verbrechen geben. Schweres Unrecht gehört vor den Richter. Vom ängstlichen oder opportunistischen Mitläufer erwarten wir einen aufrichtigen Neubeginn.

4. Für den Neuaufbau ist die Hilfe westdeutscher Fachleute nötig. Ihnen, die uns einsatzfreudig unterstützen, die Schuld am Zusammenbruch von Betrieben zuzuweisen, ist gedankenlos und unrealistisch. Die Sachkenntnis ostdeutscher Fachleute sollte jedoch gebührend beachtet werden.

5. Die Solidarität der Menschen am 9. Oktober 89 in Leipzig und Dresden, die wir Bischöfe hautnah miterleben dürfen, ist in neuer Weise jetzt vonnöten. Parlamente sind nicht Einübungsplätze für kommende Wahlschlachten! Bei allem berechtigten Meinungsstreit muß die Sorge um das Gemeinwohl deutlich erkennbar stets Vorrang haben. Nicht wer gegen jede Initiative ist, baut auf, sondern nur, wer realisierbare Alternativen zur Hand hat.

6. Die Berufstätigen in der ehemaligen DDR haben in ihrer Arbeit oft Großes geleistet. Jedoch wurden die erarbeiteten Werte oft sinnlos verschleudert. Wenn

Memorandum der sächsischen Bischöfe zum Neuaufbau der neuen Bundesländer

dadurch bei manchem die Arbeitsmoral gelitten hat, ist das nicht allein Schuld des Beschäftigten. Im allgemeinen ist der Berufstätige in den östlichen Bundesländern als qualifiziert und arbeitsam einzustufen. Das Ziel der Arbeitsmarktpolitik muß Vollbeschäftigung sein.

7. Belastungen der momentanen Entwicklungsperiode sind nicht nutzlose Lasten, sondern haben hohen Wert für das Reifen eines Volkes. Weder der westdeutsche noch der ostdeutsche Bundesbürger kann sich ihnen entziehen. Gemeinsam wahrgenommene Verantwortung wird die Einheit unseres Volkes stabilisieren.

8. Um Arbeitsplätze zu sichern und unsere Landwirtschaft zu unterstützen,

Christdemokratische Politik – Denken in moralischen Kategorien

Die Enzyklika Centesimus Annus von Papst Johannes Paul II. hat zu Recht große Aufmerksamkeit gefunden und sollte auch Einfluß auf das politische Denken in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen, erklären die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk, und die frauen- und jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Claudia Nolte.

Wenn die Enzyklika in der vom Atheismus hervorgerufenen geistigen Leere die „wahre Ursache der jüngsten Ereignisse“ (des Umbruchs in Mittelest- und Südosteuropa) ausmacht, ist dem vorbehaltlos zuzustimmen. Die junge Generation wurde ohne Orientierung gelassen. Was sie nicht selten dazu veranlaßte, „bei ihrer ununterdrückbaren Suche nach der eigenen

Identität und nach dem Sinn des Lebens die religiösen Wurzeln der Kultur ihrer Nationen und die Person Christi selbst wiederzuentdecken als einzige Antwort auf die im Herzen jedes Menschen vorhandene Sehnsucht nach Glück, Wahrheit und Leben. Diesem Suchen ist das Zeugnis all derer entgegengekommen, die unter schwierigen Umständen und unter Verfolgungen Gott die Treue hielten. Der Marxismus hatte versprochen, das Verlangen nach Gott aus dem Herzen des Menschen zu tilgen. Die Ergebnisse aber haben bewiesen, daß dies nicht gelingen kann, ohne dieses Herz selber zu zerrütten“.

Für die Menschen im wiedervereinten Deutschland und im zusammenwachsenden Europa ist entscheidend, daß auch in der Politik das Denken in moralischen Kategorien deutlich wird.

sollten wir die in Ostländern hergestellten Produkte, die in Qualität und Preis sehr häufig konkurrenzfähig geworden sind, bevorzugt kaufen. Wer einer Westwaremanie erliegt, sägt sich den eigenen Ast ab.

9. Viele junge Menschen sind von der schnellen Entwicklung verwirrt. Wir bitten Eltern und Erzieher klärend zu wirken, aber auch bereitwillig berechtigte Kritik der Jugend aufzugreifen und gesellschaftlich wirksam zu machen.

10. Die Nöte unserer östlichen Nachbarn und vieler Völker der Erde sind weit gravierender als die unseren. Wir müssen zu unserer Mitverantwortung für das

Lebensrecht, Würde und Wohlstand aller Menschen stehen und durch die Bewahrung der Schöpfung auch kommenden Generationen Leben ermöglichen.

Wir haben die Wahl zwischen Babel, der Stadt der Verwirrung, und der neuen Stadt, die vom pfingstlichen Geist der Gerechtigkeit, Wahrheit und einer befreienden Gemeinschaft geprägt ist. Jesus Christus schenke uns seinen Geist.

Dresden, in der Woche der Ökumene vor Pfingsten

Dr. Johannes Hempel, evangelischer Landesbischof

Joachim Reinelt, katholischer Bischof von Dresden-Meißen

Alfred Dregger: Wir sind die erfolgreichste Koalition in Europa

Zu den in den letzten Wochen und Tagen veröffentlichten Berichten in Presse, Funk und Fernsehen über das Koalitionsklima und über die Beziehungen der Koalitionsparteien erklärt der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger:

Wir sind Regierungspartei. Es gibt keine Regierungspartei in Europa, die so erfolgreich wäre, wie die CDU/CSU in Deutschland. Es gibt keine großen Ziele, die wir nicht verwirklicht hätten. Es ist ja nicht nur die Einheit Deutschlands, die wir nun sozial und wirtschaftlich vollenden müssen. Wir haben die Steuern gesenkt; wir haben die Haushalte konsolidiert; wir haben die Sozialsysteme, die vor dem Zusammenbruch standen, in Ordnung gebracht; wir haben klare Konzeptionen für die Zukunft Europas in der Wirtschafts- und Währungsunion und in der Sicherheitsunion. Und diese erfolgreichste Regierungspartei Europas ist in der Situation, daß sie heute im Gerede ist. Das ist schlimm.

Das Schlimme ist, daß in der Landtagswahl-Auseinandersetzung von Rheinland-Pfalz die SPD uns eine „Steuerlüge“ vorgeworfen hat. Damit sind wir in unserer Glaubwürdigkeit aufs tiefste getroffen. Ich kann das nur mit Empörung zurückweisen: Ich lüge das deutsche Volk nicht an!

Ich muß der Regierung und auch mir selbst vorwerfen, daß wir zwei großen Fehleinschätzungen unterlegen sind. Aber Fehleinschätzung ist nicht Lüge; denn Lügen heißt bewußt die Unwahrheit sagen. Wir haben vor der Bundestags-

wahl, die am 2. Dezember stattfand, nicht erkannt, daß der Golfkrieg Mitte Januar eskalieren würde und daß uns dafür als Deutschen, als Verbündeten, als UNO-Mitglied eine Rechnung von 18 Milliarden Mark überreicht werden würde. Dieser Fehleinschätzung sind alle anderen unterlegen, aber auch wir.

Und die zweite Fehleinschätzung: Wir haben nicht erkannt, daß die Umstellung vom Transferrubel auf harte Devisen im RGW, also im Handelssystem des Warschauer Paktes, den Zusammenbruch der gesamten Exportwirtschaft auch der DDR — soweit sie nach Osten orientiert war — zur Folge haben würde. Allerdings: Diese Fehleinschätzungen haben auch alle anderen mit uns geteilt; das ist eine gewisse Entschuldigung.

Wenn diese Fehleinschätzungen nicht eingetreten wären, wenn wir vorausgesehen hätten, daß 14 Tage später der Golfkrieg eskalieren würde und uns eine Rechnung von 18 Milliarden Mark überreicht werden würde, hätten wir natürlich nicht gesagt, wir werden die Steuern nicht erhöhen. Wir erhöhen sie jetzt um den Betrag, den dieser Golfkrieg uns als Rechnung auferlegt. Das gleiche gilt auch für den Zusammenbruch des RGW-Systems.

Die SPD hat in ihrer Regierungszeit in Bonn sage und schreibe 17mal die Verbrauchsteuern erhöht. In den letzten Jahren hat sie 48 Steuererhöhungsanträge gestellt. Die Mineralölsteuer wollte sie um 50 Pfennig erhöhen, das ist das Doppelte des von uns Beschlossenen. Als klassische Steuererhöhungspartei bietet die SPD wahrlich genügend Angriffspunkte.

Friedrich Bohl: Wir brauchen unsere Leistungen nicht zu verstecken

Gerade 100 Tage ist es her, daß die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP für die 12. Legislaturperiode zum Abschluß kamen, der Bundeskanzler gewählt wurde und die Bundesminister ihre Arbeit aufgenommen haben. Als die SPD noch über die Kosten jammerte, stellte sich die Koalition der Mitte der Herausforderung, die deutsche Einheit zu vollenden und einheitliche Verhältnisse in Deutschland herzustellen. Die Bundesregierung mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze und mit Theo Waigel als Bundesfinanzminister kann sich auch weiterhin auf die solidarische und geschlossene Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Fortsetzung der so erfolgreichen Politik im Interesse Deutschlands verlassen.

Entscheidendes ist bereits in einem sehr kurzen Zeitraum in die Wege geleitet worden. Wir brauchen unsere Leistungen wahrlich nicht zu verstecken. CDU/CSU und FDP haben sich als entscheidungsfreudig und handlungsfähig erwiesen:

- Mit dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ erklärte sich die unionsgeführte Bundesregierung mit den neuen Bundesländern solidarisch und leistete für den Aufschwung in den neuen Bundesländern entscheidende Anschubhilfe.
- Wir haben auch die notwendige Kraft für Unangenehmes aufgebracht und tragen gemeinsam unvermeidliche Steuererhöhungen. Vom soliden Finanzkurs wurde nicht abgewichen.
- Mit Initiativen zum Wohnungsbau, zum Ausbau der Telefonverbindungen

und der Verkehrswege sorgen wir für den Aufbau einer modernen Infrastruktur in den neuen Bundesländern.

- Allein schon die Rentenanpassung zum 1. Juli um nochmals 15 Prozent und das Rentenüberleitungsgesetz zeigen, daß die Koalition der Mitte die deutsche Einheit auch als soziale Einheit versteht.
- Wir beschleunigen durch eine Vielfalt von Maßnahmen den Auf- und Ausbau

Eine Bilanz über die ersten hundert Tage der Bundesregierung im geeinten Deutschland zog der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl.

von Verwaltung und Justiz in den neuen Ländern und sehen darin eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Eine Fülle von parlamentarischen Initiativen, die in der nächsten Zeit den Deutschen Bundestag passieren, zeigt, daß die Zusammenarbeit in der Koalition funktioniert. Auf gutem Wege sind bzw. kurz vor dem Abschluß stehen u. a.:

- im innenpolitischen Bereich: das Stasiakten-Gesetz und das Bundesarchivgesetz. Damit leisten wir einen Beitrag zur Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes und gleichzeitig zum inneren Frieden in den neuen Bundesländern;
- im haushaltspolitischen Bereich: bereits im Mai steht das Haushaltsbegleitgesetz an. Darin sind u. a. enthalten die

Änderung des Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetzes zur Umlenkung von Bundesfinanzhilfen für den kommunalen Straßenbau in den neuen Bundesländern; Mietrechtsanpassung und Umlagefähigkeit der Betriebskosten von Wohnungen; Erhöhung des Kindergeldes für Kinder im Beitrittsgebiet; Umsatzsteuerverteilung zwischen den neuen und den alten Bundesländern; Änderung des Fondsgesetzes Deutsche Einheit, in dem der Bund auf seinen Anteil von 15 Prozent der jährlichen Gesamtleistungen verzichtet.

● Im Juni werden CDU/CSU und FDP gemeinsam den Haushalt 1991 über die parlamentarischen Hürden bringen. In einer unglaublichen Kraftanstrengung erfüllen wir die bereits in den Koalitionsvereinbarungen festgelegten Eckwerte. Es bleibt bei der Obergrenze der Nettoneuverschuldung von 70 Milliarden Mark. Bis 1994 reduziert sich die Neuverschuldung auf 30 Milliarden Mark.

Zu dieser Koalition gibt es keine Alternative

Zu dieser Koalition gibt es keine Alternative. Die SPD dümpelt konzeptions- und führungslos vor sich her. Wer nach wie vor im Westteil Deutschlands die Kosten der Einheit kritisiert, der behandelt die Menschen in den neuen Bundesländern als Kostgänger. Die SPD wäre als Manager der deutschen Einheit total überfordert.

Letzter Parteitag der Exil-CDU

Nach über 40jähriger Arbeit für die deutsche Wiedervereinigung hat sich die Exil-CDU bei ihrem 21. und letzten Parteitag in Oberhof/Thüringen aufgelöst. Der von den Gründern Jakob Kaiser und Ernst Lemmer 1950 gestellte Auftrag, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu erreichen, ist 1990 erfolgreich erfüllt worden.

Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen dankte im Namen der CDU-Führung der Exil-CDU, die, wie er sagte, von Westdeutschland aus Kontakte mit der Basis der Ost-CDU gehalten und die Gemeinsamkeit gepflegt habe. Zwar höre die Exil-CDU jetzt auf, als Organisation zu bestehen, die Mitarbeiter sollten aber auch nach der Auflösung weiter in der Partei und im Land an der Vollendung der Einheit mitwirken.

„Unser Auftrag ist erfüllt“, sagte der Vorsitzende Siegfried Dübel in seinem letzten Rechenschaftsbericht, „aber es gibt im vereinigten Deutschland noch eine Menge Arbeit für uns“. Die Delegierten stimmten dem Vorschlag des stellvertretenden Parteivorsitzenden Lothar de Maizière zu, ihre Tätigkeit künftig als „Gewissen der Union“ fortzuführen und eine eigene Arbeitsgruppe zu bilden.

Helmut Kohls Verdienste in Europa gewürdigt

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 8. Mai den Basil de Ferranti-Preis 1990 der „Känguruh-Gruppe“ des Europäischen Parlaments entgegengenommen. Der Vizepräsident der Gruppe, der frühere Präsident des Europäischen Parla-

ments, Lord Plumb, würdigte bei der feierlichen Überreichung das persönliche Engagement und die besonderen Verdienste des Bundeskanzlers um das europäische Einigungswerk in den letzten Jahren.

Betriebe im Westen wollen Lehrlingen aus dem Osten helfen

Westdeutsche Druckbetriebe wollen mit Betriebspatenschaften bei der Ausbildung von Lehrlingen aus den östlichen Bundesländern helfen. Bisher haben sich 70 West-Betriebe zu einer solchen Kooperation entschlossen, berichtete der Bundesverband Druck in Wiesbaden. Voraussetzung für eine solche Patenschaft sei der Abschluß eines Berufsausbildungsvertrags mit einer ostdeutschen Druckerei. Die Lehrlinge sollten in der Regel im zweiten Ausbildungsjahr in den Westen kommen, das dritte Jahr sollte auf jeden Fall wieder in der ostdeutschen Produktion absolviert und mit einer Facharbeiterprüfung abgeschlossen werden.

Fortschritte im Gesundheitswesen

Der Aufbau des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern macht Fortschritte. Der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, sprach von einer Niederlassungswelle. Seit der deutschen Vereinigung hätten nahezu 10.000 Ärzte eigene oder Gemeinschaftspraxen eröffnet, während in der ehemaligen DDR nur 400 Mediziner selbstständig tätig gewesen seien. Der Standard der ärztlichen Versorgung in den neuen Ländern ist nach Angaben Vilmars dem westdeutschen Niveau insgesamt vergleichbar. Allerdings gebe es bei der technischen Ausrüstung Nachholbedarf.

Nachrichten aus den neuen Ländern

Richtfest für VW-Montagehalle

Mit dem Richtfest für die erste neue Produktionshalle in Mosel bei Zwickau hat die Volkswagen AG den ersten Teil ihrer Investitionstätigkeit in Sachsen abgeschlossen. Nach siebenmonatiger Bauzeit der Halle verschraubten der Bundeswirtschaftsminister, VW-Vorstandschef Carl Hahn und der Geschäftsführer der VW Sachsen GmbH, Gerd Heuß, symbolisch das letzte Hallenelement. Die Halle ist Teil einer neuen VW-Fabrik, die 1994 ihren Betrieb aufnehmen soll. Dann arbeiten dort rund 6.800 Mitarbeiter, die nach Erreichen der vollen Kapazität täglich bis zu 1.000 Fahrzeuge fertigen sollen.

Lebhafte Kreditnachfrage für Ost-Investitionen

Eine lebhaftere Nachfrage nach günstigen Krediten für Investitionen in den neuen Bundesländern spürt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Wie sie in Frankfurt mitteilte, sieht sie darin ein „deutliches Indiz für eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in den neuen Bundesländern“. Im März hatte sie ihr Finanzierungsangebot für Firmen, die in Ostdeutschland investieren, massiv auf-

gestockt. Bereits nach knapp zwei Monaten liegen nach ihren Angaben Anträge über mehr als eine Milliarde DM zur Förderung von über 600 Projekten vor. Diese umfaßten ein Gesamtvolumen von mehr als 1,5 Milliarden DM. Über 600 Millionen DM wurden zugesagt.

Siemens investierte mehr als 30 Millionen

Die Siemens AG (München) hat bislang mehr als 30 Millionen DM in ihre vor sechs Monaten erworbene Niederlassung in Leipzig investiert. Weitere Investitionen in Höhe von nahezu 15 Millionen DM sind vor allem für Bauleistungen vorgesehen. In den zurückliegenden Monaten hat Siemens ein flächendeckendes Vertriebsnetz in den neuen Bundesländern mit mehr als 2.000 Mitarbeitern aufgebaut.

Talsole durchschritten

Die ostdeutsche Bauwirtschaft hat allem Anschein nach die Talsole durchschritten, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann. Bau-nachfrage und Bauproduktion nehmen deutlich zu. Bereits heute ist absehbar, daß die gewaltigen Investitions-, Infrastruktur- und Modernisierungsprogramme der Bundesregierung die Bautätigkeit in den neuen Ländern nachhaltig stimulieren. Allein für die Verbesserung der Verkehrswege werden 1991 über 13 Mrd. DM zur Verfügung gestellt.

Großer Zuwachs im Westen – Wandel zum Besseren im Osten

Im April haben sich die gegenläufigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt fortgesetzt. Im bisherigen Bundesgebiet gab es wiederum einen großen Beschäftigungszuwachs und einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit. In den neuen Bundesländern dauern die mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau verbundenen Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt an.

Durch die nach wie vor gute gesamtwirtschaftliche Verfassung und verstärkt durch den Frühjahrsaufschwung ist die Beschäftigung in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 676.000 auf 28,810 Millionen Erwerbstätige im März gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen sank im April gegenüber dem letzten Jahr um 262.600 auf 1,65 Millionen, den niedrigsten Stand in einem April seit zehn Jahren. Die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Vermittlungstätigkeit bewegen sich nach wie vor auf hohem Niveau.

In den neuen Ländern ist der Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft in vollem Gang. Das Ausmaß verdeckter Arbeitslosigkeit wird immer deutlicher sichtbar. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im April gegenüber dem Vormonat um 28.600 auf 836.900; die Kurzarbeiterzahl lag bei 2,005 Millionen.

Investitionen nehmen zu

Trotz der gegenwärtigen Probleme sind schon jetzt die Zeichen eines Wandels zum Besseren erkennbar. Nach neuesten Konjunkturumfragen nehmen die Investi-

tionsvorhaben westdeutscher Unternehmen in den neuen Ländern deutlich zu; bereits jetzt hat sich dort eine rege Geschäftstätigkeit entwickelt.

Die erhebliche Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zeigt inzwischen deutliche Erfolge: Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tragen in steigendem Maße zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes bei, und die Zahl der Arbeitnehmer in Weiterbildung und Umschulung ist kräftig angestiegen.

Über 100 Milliarden Mark

In einer großen Anstrengung hilft die Bundesregierung bei der Bewältigung der Schwierigkeiten. Über 100 Milliarden Mark stehen bereit, um neue Arbeitsplätze, eine bessere Wohnsituation, moderne Kommunikationsverbindungen und ein dichtes Verkehrsnetz zu schaffen, die Umwelt zu schützen und den Wandel sozial abzusichern.

Personalie

Neuer medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der CDU-Abgeordnete **Joseph-Theodor Blank**. Der 44jährige Politiker aus dem Rheinland löste in dieser Funktion **Bernd Neumann** ab, der nach der Bundestagswahl Parlamentarischer Staatssekretär im Forschungsministerium wurde. Neumann bleibt medienpolitischer Sprecher der Bundespartei.

Bilanz nach einem Jahr: Bewährungsprobe bestanden

Anlässlich des Jahrestages der ersten freien Kommunalwahl in der ehemaligen DDR erklärt Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, auch in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV): Unter schwierigen Bedingungen des Übergangs von einer kommunistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft hat die junge kommunale Selbstverwaltung in der ehemaligen DDR, den heutigen neuen Bundesländern, ihre entscheidende Bewährungsprobe bestanden.

Großer Dank und hohe Anerkennung gilt den Männern und Frauen, die meistens ohne Verwaltungserfahrung Ämter und Mandate in den Städten, Gemeinden und Kreisen übernahmen und seither mit großer persönlicher Einsatzbereitschaft für ihre Mitbürger arbeiten.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen: Die Kommunen in den neuen Ländern wollen die angebotenen Aufbauprogramme, Möglichkeiten und Hilfen intensiv nutzen. Es wird in diesem Jahr eine große kommunale Investitionswelle geben. Dies zeigt z. B. die bisherige Inanspruchnahme der Förderprogramme von Bund und Ländern.

Auch die Antragssumme von 11 Mrd. DM beim günstigen Kommunalkreditprogramm des Bundes ist ein wichtiges Signal dafür. In diesem Zusammenhang ist auch die inzwischen rege Inanspruchnahme der Personalbörse in Berlin zu

nennen, die von den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Bundesinnenministerium unterhalten wird. Ferner zeigen sich die intensiven Anstrengungen der Städte, Gemeinden und Kreise in der umfassenden aktiven Mitarbeit bei allen Kommunalkonferenzen des Bundes und der Länder sowie bei der Auswertung des „Infodienstes Kommunal“, der regelmäßig vom Bundesinnenministerium in alle Rathäuser und Kreisverwaltungen der neuen Bundesländer kommt. Auch der Aufbaustab von Staatssekretär Priesnitz wird inzwischen intensiv von Kreisen und Gemeinden bei der Arbeit vor Ort in Anspruch genommen.

Die Bundesregierung hat weitere Entscheidungen getroffen, um das 100-Mrd.-DM-Programm 1991 für die neuen Länder in die Tat umzusetzen. Es wurden z. B. in den letzten Tagen 75 weitere Experten

Ein Jahr kommunale Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern mit sichtbarem Erfolg!

den 15 Bundesvermögensämtern in den neuen Ländern zugewiesen, um das Vermögenszuordnungs-Gesetz schnell umzusetzen, insbesondere im Interesse der Kommunen. In Dresden begann die große Serie von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen des Bundes in Zusammenarbeit mit den Ländern, um Mitarbeiter der Verwaltungen aus den neuen Bundesländern zu schulen.

Hier sind besonders die „Landeskongressen“ zu nennen. Bundesminister mit ihren Experten treffen sich mit ihren Ressortkollegen in den neuen Ländern zu gemeinsamen Arbeitskonferenzen, um die Abwicklung von Programmen und Förderungsmaßnahmen zu beraten und Hemmnisse oder Fehlerquellen zu beseitigen. Für das Bundesinnenministerium habe ich z. B. in diesen Tagen mit den Innenministern Dr. Diedrich (Mecklenburg-Vorpommern) und Braun (Sachsen-Anhalt) vereinbart, daß wir einen Tag lang in ihren Landesministerien die Durchführung der Förderungsprogramme des Bundes für die Städte, Gemeinden und Kreise im einzelnen erörtern und weitere Effektivität und Beschleunigung prüfen.

In einigen Bereichen der neuen Bundesländer wird das Thema kommunale Neuordnung erörtert, weil es viele kleine Gemeinden gibt. Dazu kann der gute Rat aus vielerlei Erfahrung nur lauten: **Laßt die Gemeinden bestehen, aber schafft Verwaltungsgemeinschaften zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben.** Dies ist der bürgernahe und der effektivste Weg. Mit Recht hängen die Bürger gerade in dieser Situation an ihrer Gemeinde. Diese Geborgenheit sollte ihnen erhalten bleiben. Aber da nicht jede kleine Gemeinde eine leistungsstarke Verwaltung mit Experten haben kann, sollten Verwaltungen für mehrere Gemeinden im Wege der Verwaltungsgemeinschaften entstehen. Dies hilft bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Initiativen, die in den neuen Ländern mit diesem Ziel bereits ergriffen wurden, sollten nachdrücklich unterstützt werden, insbesondere von den alten Bundesländern, die viel Arbeit in Betreuung und Partnerschaft leisten und in diesem Bereich besondere Erfahrung haben.

Die Union hat bei den Kommunalwahlen vor einem Jahr einen großen Vertrauens-

beweis erhalten. In den Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern erhielt sie 3.311 Mandate, die SPD 2.233 und die FDP 650 Mandate. In den Kommunen unter 10.000 Einwohnern ist der Trend für die Union noch größer. Ein Jahr nach der Kommunalwahl haben die Kommunalpolitiker von CDU und CSU am Wochenende in Hannover die Gesamtdeutsche Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) gebildet für über 100.000 Kommunalpolitiker der Union in ganz Deutschland.

CDU und CSU sind in den alten und neuen Bundesländern und damit in ganz Deutschland die stärkste politische Kraft der Kommunen. Dies verpflichtet besonders zu weiterer intensiver Hilfe der KPV beim Aufbau in den neuen Ländern. Am 8. Mai 1991 startete in Leipzig eine neue Serie von Kommunalkonferenzen, die die KPV und die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in allen neuen Bundesländern gemeinsam durchführen. Schwerpunkt aller Initiativen ist: Information und Unterstützung bei der Realisierung des Gemeinschaftswerks „Aufschwung Ost“. Das allerwichtigste aber ist zu helfen, daß das **Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“** in ganz Deutschland vom **Gemeinschaftssinn** der Bürger füreinander getragen wird!

EMNID-Chef als Kreisvorsitzender bestätigt

Alter und neuer Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Bielefeld ist der Geschäftsführer des EMNID-Institutes, Walter Tacke, der bereits seit 17 Jahren der Bielefelder CDU vorsteht. Seit 21 Jahren ist Ernst August Delius Schatzmeister, auch er ist für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt worden.

Mit Asylrecht und mehr Sozialhilfe allein sind die Probleme nicht zu lösen

Der hohe Zustrom von Ausländern ist eine der wichtigsten Ursachen des von der Opposition beklagten Anstiegs der Sozialhilfeempfänger. Hier zeigt sich ein weiteres Mal die Doppelbödigkeit vieler SPD-Angriffe. Auf der einen Seite wirft sie uns Ausländerfeindlichkeit vor, auf der anderen Seite zeichnet sie das Bild von der angeblich „Neuen Armut“. Das erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel auf der Bundesversammlung der KPV in Hannover am 3. Mai 1991.

Tatsächlich ist nach einem Bericht des Statistischen Bundesamtes der starke Anstieg der Sozialhilfeempfänger vor allem auf den anhaltenden Zustrom von Ausländern zurückzuführen. So waren Ausländer an der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt 1984 noch mit 10 Prozent beteiligt gewesen. Am Jahresende 1989 betrug der entsprechende Anteil bereits 25 Prozent.

Not und Armut in der Welt nehmen eher noch zu. Aber wir können die Wirtschaftsprobleme in Osteuropa und in den Ländern der Dritten und Vierten Welt nicht durch ein großzügiges Asylrecht bei

uns lösen. Mit mangelnder Verantwortung und Menschlichkeit hat das nichts zu tun. Unsere weltweite humanitäre Verantwortung haben wir zuletzt durch unsere umfassende Hilfe für die verfolgten Kurden unter Beweis gestellt. Über 400 Millionen DM stehen für diese Hilfe im Bundeshaushalt zur Verfügung.

Internationale Lastenverteilung

Wir helfen im Rahmen unserer Möglichkeiten. Aber das wiedervereinigte Deutschland kann nicht bei allen internationalen Problemen und Aufgaben an der Spitze der Geldgeber stehen. Das habe ich auch am letzten Wochenende bei der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds deutlich gemacht.

Wir helfen jetzt schon den mittel- und osteuropäischen Staaten durch Finanzhilfen, Bürgschaften und Schuldenerlaß mit einem Gesamtvolumen von 25 Milliarden DM. Der Sowjetunion haben wir 14 Milliarden DM allein für den Abzug der Truppen bis 1994 zugesagt. Diese und andere Leistungen erbringen wir im eigenen Interesse — aber auch zugunsten von Stabilität und Freiheit in Europa.

Der neue Bundesvorstand

Die Bestätigung von Horst Waffenschmidt im Amt des Bundesvorsitzenden, das er seit 1973 innehat, war mit 231 zu 9 Stimmen bei 10 Enthaltungen wie erwartet eindrucksvoll.

Das spürbare Bemühen um rasche und reibungslose Integration der fünf neuen Landesverbände in die Bundes-KPV hat sich besonders deutlich in

den Ergebnissen der Wahlen niederschlagen: Bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden überraschte das hervorragende Ergebnis des stellvertretenden Landrats von Leipzig, Heiner Wiegand. Mit besonderem Beifall wurde die Tatsache aufgenommen, daß bei der Wahl der 16 Beisitzer die vier mit Abstand besten Ergebnisse von Kandidaten aus den neuen Bundesländern erzielt wurden.

Von einem Rückzug des wiedervereinigten Deutschlands aus der internationalen Verantwortung kann angesichts dieser Fakten keine Rede sein. Aber wir müssen auf der anderen Seite auch genügend Spielraum behalten, um unsere nationalen Aufgaben bewältigen zu können.

Erfolgreiche Aufbaustrategie

So, wie wir ab 1983 unser Land aus der tiefen Wirtschaftskrise geführt haben, werden wir jetzt auch in den neuen Bundesländern die wirtschaftliche Trendwende erreichen. Das Frühjahrsgutachten der fünf führenden Wirtschaftsfor-schungsinstitute sieht erste Anzeichen des Umsatzes bereits für dieses und eine deutliche Erholung vom nächsten Jahr an. Zahlreiche Indikatoren, die Geschäftsklima-Umfragen des Ifo-Instituts, die Entwicklung in der ostdeutschen Bauindustrie, die monatlich steigende Zahl der Gewerbeanmeldungen, Berichte über Investitionsprojekte großer west-deutscher Unternehmen sind erste Anzei-chen eines aufkeimenden, neuen Wachstumsprozesses.

Der gesamte öffentliche Finanztransfer zugunsten der neuen Bundesländer beläuft sich in diesem und in den kommenden Jahren auf über 100 Milliarden DM. Das ist mehr als die Hälfte der im Beitrittsgebiet selbst erreichten wirtschaftlichen Leistung. Seit Februar haben wir die Unterstützung an die Städte, Gemeinden und Kreise noch einmal deutlich aufgestockt. Durch die Umsatzsteuerneuverteilung zugunsten des Beitrittsgebiets, durch den Verzicht des Bundes auf seinen Anteil am Fonds „Deutsche Einheit“ sowie durch die Investitionszuweisungen im Rahmen des Gemeinschaftswerks „Aufschwung Ost“ stehen zusätzlich — und vor allem kurzfristig — 7,6 Milliarden DM im Jahr 1991 zur Verfügung. ■

Friedrich Bohl:

Gewerkschaften haben Herausforderung noch nicht begriffen

Zu den Maikundgebungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Friedrich Bohl:

Mäßig statt massenhaft sind die Menschen in Deutschland den Aufrufen der Gewerkschaften zu den Maikundgebungen gefolgt. Die vielen, die nicht kamen, haben nichts versäumt. Denn außer Parolen und Schmähungen hatten die Gewerkschaften am 1. Maifeiertag nach Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands kaum etwas zu bieten. Dabei war doch gerade dieser Tag eine gute Gelegenheit, der Freude über die Einheit Ausdruck zu geben und gewerkschaftliche Perspektiven für das Zusammenwachsen der Deutschen aufzuzeigen. Doch mit Ausnahme durchaus bedenkenswerter Passagen in der Rede des DGB-Chefs Meyer boten die Gewerkschaften sauertöpfische Kundgebungen mit nörgelnden Rednern. Kein Wunder, daß die Menschen sich davon abgestoßen fühlten.

Zur deutschen Einheit haben die meisten Gewerkschaften nach wie vor wenig beizutragen, nicht einmal — mit Ausnahme des DGB-Vorsitzenden Meyer und seines Stellvertreters Fink — die Präsenz führender Persönlichkeiten am 1. Mai 1991 in den neuen Bundesländern.

Die Gewerkschaften haben überwiegend an diesem 1. Mai die Chance verpaßt, glaubwürdig ihre Bereitschaft zur Mitverantwortung bei der Verwirklichung der deutschen Einheit zu dokumentieren. ■

Besuch aus Lauchhammer in Arnsberg:

Wir können voneinander lernen

Informationen über Vorbereitung und Durchführung von Ausschusssitzungen standen im Mittelpunkt des Interesses bei dem Besuch einer sechsköpfigen Delegation der CDU-Fraktion von Lauchhammer in Arnsberg. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Heinz Hesse und CDU-Ratsmitglied Monika Hunsinger begrüßten die Gäste aus der brandenburgischen Partnerstadt, die am 6. Mai mit ihrem Bürgermeister Christian Häntzka und Fraktionsvorsitzenden Peter Mikulski im Rathaus eintrafen.

Ganz besonders interessierte die Besucher, wie sich die Fraktion auf diese Sitzung vorbereitet, Aufgaben verteilt und die Fraktionsmeinung umsetzt. So nahmen die Gäste an den Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Städtebau und Verkehr sowie des Sportausschusses mit den Vorbesprechungen der Fraktion teil. „Wir haben sehr viel gesehen und gehört, was wir auch bei uns sofort übernehmen können“, so die Meinung der Kommunalpolitiker aus

Lauchhammer, „aber auch einiges, was uns nicht so gut gefallen hat.“

Eine Besichtigungsfahrt zu den Sehenswürdigkeiten der Arnsberger Stadtteile und die Betriebsbesichtigung bei der lichttechnischen Fabrik BJB rundeten das Programm ab. Die Fragen der Besucher an den Geschäftsführer Henrici der Fa. BJB mit 630 Beschäftigten, darunter 80 Auszubildende, betrafen besonders die Ausbildung im technischen Bereich.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Tage war die Arbeit der Parteigliederungen und der Fraktion. In den Sitzungen des Stadtverbandsvorstandes und der Gesamtfraktion wurden diese Informationen vermittelt. Neben diesen politischen waren natürlich auch die menschlichen Begegnungen von besonderer Bedeutung. Auf einer abschließenden Pressekonferenz betonte Bürgermeister Häntzka: „Gerade die Kontakte mit den Menschen und die vielen wertvollen Gespräche geben dem Ganzen den eigentlichen Sinn und machen Mut, denn daraus ergeben sich weitere Begegnungen zwischen den Menschen unserer Regionen.“



Firmenchef und Geschäftsführer der lichttechnischen Fabrik BJB Henrici erläutert den interessierten Besuchern aus Lauchhammer ein Werkzeugteil in der Werkzeugmacherei. Im Vordergrund: Rosemarie Goldner, Mitglied der CDU-Ratsfraktion in Arnsberg.

Solidaritätsbörse „Wir halten zusammen“

Die Hälfte des Urlaubs zur Verfügung gestellt

Dutzende von Interessenten haben sich hisher gemeldet. Täglich laufen schriftlich und fernmündlich weitere Angebote ein: So hat sich z.B. auch Herr Thomas, Kreisgeschäftsführer in Olpe, ganz spontan entschlossen, sich für eine Hälfte seines Urlaubs zur Verfügung zu stellen. Als staatlich geprüfter Betriebswirt, mit langjährigen Erfahrungen im Personalrecht und Bauwesen, ist er bestimmt mehr als willkommen mit Rat und Hilfe.

- Im Gesundheitswesen wird Beratung zur Krankenpflege und deren gesetzlichen Grundlagen angeboten. Ein Mediziner will Ärzten bei der Praxiseinrichtung wertvolle Erfahrungen vermitteln.
- Im Bereich Jugend wird Hilfe zur Organisation von Jugendverbänden, in sozialpädagogischen Fragen, im Jugendschutz sowie in der Suchtberatung angeboten. Für die Kommunalpolitik steht ein Hilfsangebot im Bau- und Abgabenrecht.
- Im Bildungswesen gibt es Interessenten für Bildungs- und Kulturpolitik, Pädagogik, Schulrecht, Aus- und Umschulung sowie Weiterbildung. Vor allem das letzte Angebot ist im Zusammenhang mit der Neueinrichtung von ABM-Stellen in den neuen Bundesländern von besonderer Bedeutung.
- Im Bereich der Landwirtschaft haben sich bis jetzt zwei Experten für die Agrarstrukturverbesserung angeboten.
- Desgleichen haben sich mehrere Fachleute für Grundstücks- und Baufinanzie-

rung, Haus- und Grundverwaltung, öffentliches Bauwesen sowie kommunalen Tiefbau angeboten.

- Wer Hilfe bei der Pressearbeit braucht, kann auf die Mitarbeit von zwei Journalisten zählen.
- Mehrere Rechtsanwälte wollen bei der allgemeinen Rechtsberatung, im öffentlichen Recht und hier vor allem in der Bauverwaltung sowie im Arbeitsrecht helfen.
- Im Sozialbereich gibt es Beratung in der Behindertenpolitik, in der Rentenversicherung und allgemein zur Sozialpolitik.
- Desgleichen stellen zwei Steuerberater ihr Fachwissen zur Verfügung.
- Beim Thema Umwelt beraten Geowissenschaftler und Umweltschützer.
- Im Bereich Wirtschaft sind naturgemäß bisher die meisten Angebote eingetroffen. So stellen sich Fachleute aus den einzelnen Unternehmensbereichen wie Einkauf, Marketing, Vertrieb, Organisation zur Verfügung, aber auch aus der Verwaltung. Ebenso haben Unternehmensberater, Vertreter des Mittelstands ihre Hilfe angeboten. Branchenspezifische Hilfe ist angesagt für die Gastronomie und den Elektrohandel.

Weitere Angebote oder auch Fragen zu unserer Solidaritätsbörse können Sie richten an:

**Tel. : (02 28) 54 42 82
oder schriftlich an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Solidaritätsbörse
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1.**

Wettbewerb „Jugend in Deutschland“

Die Junge Union Deutschlands (JU) ruft junge kreative Leute auf, sich am Wettbewerb „Touch the Culture — Jugendkultur in Deutschland“ zu beteiligen. Gesucht werden die besten Zeichnungen, originellsten Fotos, wildesten Collagen und stärksten Graphiken, die sich um das Thema „Jugend in Deutschland“ drehen.

„Kultur ist angesagt. Kultur in ihrer ganzen Vielfalt zu genießen, sich von ihr anregen zu lassen, sich über sie zu ärgern — dies prägt das Lebensgefühl gerade der jungen Generation. Viele drücken ihre Träume, Hoffnungen, Ängste, Überzeugungen und Kritik in den verschiedensten künstlerischen Formen aus. Die Junge Union will jungen Kreativen eine Plattform mit diesem Wettbewerb geben,“ erklärte der JU-Bundesvorsitzende Hermann Gröhe.

Bewertet werden die Arbeiten von einer prominent besetzten Jury: Professor Dr. Renate Möhrmann, MdL, Medienwissenschaftlerin und kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Josef-Heinrich Darchinger, Fotojournalist in Bonn, Walter Hanel, Zeichner und Karikaturist, Dr. Ekkehard Mai, stellvertretender Direktor am Wallraf-Richartz-Museum in Köln, Professor Coordt von Mannstein, Werbeagenturchef und Cordula Schubert, stellvertretende JU-Bundesvorsitzende.

Die Arbeiten müssen bis 1. Juni 1991 in der JU-Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, vorliegen. Weitere Informationen sind bei der JU-Bundesgeschäftsstelle erhältlich.

Die besten Arbeiten... touch the culture.

Wettbewerb Jugend in Deutschland touch the future.

Die besten Arbeiten dieses Wettbewerbs werden von unserer Jury, für die wir
 • Prof. Dr. Renate Möhrmann, MdL, Medienwissenschaftlerin,
 Kulturlandtags-Sprecherin der CDU/Landtagsfraktion NRW
 • Cordula Schubert, stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union
 Deutschlands, ehemalige Mitarbeiterin für Jugend und Sport der DDR
 • Josef-Heinrich Darchinger, Fotojournalist
 • Walter Hanel, Zeichner und Karikaturist
 • Dr. Ekkehard Mai, stellvertretender Direktor am
 Wallraf-Richartz-Museum, Köln
 • Prof. Coordt von Mannstein,
 Werbeagentur von Mannstein

Die eingesandten Arbeiten gehen in das Eigentum der Jungen Union
 Deutschland über, die das Recht erhält, diese auszustellen!

Der Bundesminister des Innern,
 Dr. Wolfgang Schäuble, hat die Schirmherrschaft
 für diesen Wettbewerb übernommen

JUNGE UNION
 DEUTSCHLAND
 Jugendkulturpreis 1991

Materialien für die Parteiarbeit

Neu in unserem
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

(Die Preise verstehen sich inklusive
Versand zuzüglich Mehrwertsteuer.)

Werden
auch Sie
Mitglied
in der

**Senioren
Union** 

Faltblatt:
Bestell-Nr.:
2426
Mindest-
abnahme:
100 Expl.
Preis je
100 Expl.:
17,50 DM



**Die Zukunft
menschengerecht
gestalten**

**Senioren
Union** 

Broschüre: Bestell-Nr.: 5427
Mindestabnahme: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 32,— DM

Präsidium der Haus- und Grundbesitzer beim Kanzler

Bundeskanzler Helmut Kohl empfangt am 8. Mai das Präsidium des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V. mit seinem Präsidenten, Theodor Paul, zu einem Gespräch. Der Bundeskanzler hob die Bedeutung des jetzt vom Bundesrat gebilligten Mieten- und Wohngeldkonzeptes für die Entwicklung eines funktionierenden Wohnungsmarktes in den neuen Ländern hervor. Das Konzept sei wohnungspolitisch not-

wendig wie sozial verträglich. Damit seien die Weichen für eine kostendeckende und rentable Wohnungsbewirtschaftung gestellt. Er unterstrich, daß es jetzt auch darum gehe, die Vermieter und Mieter in den neuen Ländern eingehend über das Mietenkonzept zu informieren. Der Bundeskanzler begrüßte die Bereitschaft des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, sich aktiv an dieser Aufklärungsarbeit zu beteiligen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

**Wir halten
zusammen**

CDU

Gemeinsam bauen wir
die Zukunft Deutschlands

Die CDU ruft alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, mitzuarbeiten, die innere Einheit Deutschlands zu verwirklichen! Nach vierzig Jahren der Trennung müssen wir aufeinander zugehen und partnerschaftlich und solidarisch miteinander umgehen.

Mit der "Aktion Solidarität" wollen wir Begegnungen in Deutschland fördern und intensivieren, gegenseitige Informationen über das Leben in Deutschland weitergeben und konkrete Projekte der Beratung und Unterstützung vermitteln.

Machen auch Sie mit!

Solidaritätsbörse

(02 28) 54 42 82

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

16/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.